



**Liebe Leser\*innen,**

es gibt Grund zur Freude: Unser Grundgesetz feiert am 23. Mai seinen 75. Geburtstag! Seit 1949 bildet es die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens in Deutschland. Und bis heute ist es ein Kompass für die Demokratie. Es ist ein Versprechen an alle Bürger\*innen auf ein Leben in Freiheit, Würde und Selbstbestimmung.

Toleranz, Vielfalt, Respekt, Solidarität, Chancengleichheit – diese demokratischen Werte dürfen wir nicht selbstverständlich nehmen. Gerade jetzt, in Zeiten, in denen demokratische Errungenschaften durch rechtspopulistische Äußerungen, rechtsextreme Ideologien und autoritäre

Tendenzen bedroht und abgewertet werden, müssen wir sie verteidigen. Wir müssen sie weiterhin alltäglich leben und für sie eintreten.

Als SoVD setzen wir uns ein für eine solidarische und inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch die gleichen Chancen und Rechte hat! Seit unserer Verbandsgründung 1917, damals wie heute, treten wir selbstverständlich ein gegen jede Form der Diskriminierung.

Um unsere demokratischen Werte zu erhalten, braucht es aber das Engagement jeder\*jedes Einzelnen. Es braucht Menschen, die sich aktiv für eine offene, vielfältige Gesellschaft starkmachen. Ich denke, dass der 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes auch ein Anlass ist, uns alle daran zu erinnern.

Ihr

Dirk Swinke  
Vorstandsvorsitzender  
SoVD Niedersachsen

Land plant Änderungen in Bauordnung / Barrierefreiheit soll ausgehöhlt werden

## Barrierefreiheit in Gefahr

**In Niedersachsen gibt es viel zu wenig bezahlbare Wohnungen. Deshalb will das Land jetzt verschiedene Bauvorschriften abschaffen – darunter auch Maßnahmen zur Barrierefreiheit. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert das Vorhaben scharf. Aus seiner Sicht werden damit die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ignoriert.**

Die Lage auf dem niedersächsischen Wohnungsmarkt ist dramatisch: Die Mieten steigen immer weiter, gleichzeitig sinkt die Zahl der Sozialwohnungen. Besonders schwierig ist die Situation für Menschen mit Behinderung. „Zu uns in die Beratung kommen sehr viele verzweifelte Betroffene. Sie finden einfach keine Wohnungen, die barrierefrei und gleichzeitig bezahlbar sind“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Um den Wohnungsbau voranzutreiben und zu vereinfachen, will das Land Niedersachsen jetzt zahlreiche Vorschriften in der Bauordnung abschaffen. Den Plänen zufolge soll unter anderem der Einbau eines Fahrstuhls bei bestimmten Umbauten weggelassen werden. „Selbstverständlich begrüßen wir einen Bürokratieabbau. Dieser ist dringend notwendig. Er darf aber auf keinen Fall auf Kosten von Menschen mit Be-

hinderung erfolgen“, warnt Swinke. Auf den ersten Blick seien Barrierefreiheit und bezahlbarer Wohnraum erst einmal Gegenpole und der Kostenfaktor schrecke viele Bauverantwortliche ab. „Es gibt aber Untersuchungen – zum Beispiel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund – die zeigen, dass der Großteil der Kriterien für barrierefreies Bauen gar nicht mit höheren Kosten verbunden ist“, so der Vorstandsvorsitzende. Außerdem profitierten nicht nur Menschen mit Behinderung von entsprechenden Wohnungen,

sondern auch Familien mit kleinen Kindern, Pflegebedürftige und ältere Menschen.

Mitte April behandelte der Landtag in erster Beratung die Änderungen in der Bauordnung und überwies zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. „Wenn der Landesregierung Menschen mit Behinderung wirklich wichtig sind, dann kippen sie die Vorschriften in diesem Bereich nicht. Wir werden nicht hinnehmen, dass Betroffene Opfer einer bislang verfehlten Wohnungspolitik werden“, betont Swinke.



Foto: Robert Herhold / Adobe Stock

Das Land Niedersachsen benötigt mehr Wohnraum.

SoVD fordert Inflationsausgleichsprämie für Rentner\*innen und startet Unterschriftenaktion

## Schluss mit Ungerechtigkeit

**Der Großteil der Arbeitnehmer\*innen und auch Pensionierte haben seit Oktober 2022 die sogenannte Inflationsausgleichsprämie erhalten – insgesamt jeweils bis zu 3.000 Euro. Rentner\*innen erhalten diese Sonderzahlung nicht und gehen leer aus. Der SoVD in Niedersachsen nimmt diese Ungleichbehandlung nicht länger hin und startet eine Unterschriftenaktion. Darin fordert er, dass auch Rentner\*innen eine entsprechende Unterstützung erhalten.**

Um die Kosten für die gestiegene Inflation auszugleichen, haben bisher rund 75 Prozent aller Arbeitnehmer\*innen eine Prämie erhalten. Zum Teil lag

diese bei 3.000 Euro. Zu Beginn des Jahres hat der niedersächsische Landtag beschlossen, dass auch Pensionierten die Sonderzahlung gewährt wird.

„Rentner\*innen wurden bislang von der Politik von entsprechender Unterstützung ausgeschlossen. Dabei müssen auch sie hohe Kosten stemmen und

haben oftmals viel kleinere Einkommen als Pensionierte“, kritisiert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Leider hätte sich trotz zahlreicher Gespräche mit Politiker\*innen nichts geändert.

Deshalb startet Niedersachsens größter Sozialverband eine Unterschriftenaktion, in der er die Bundes- und Landesregierung auffordert, endlich eine Gleichbehandlung herzustellen, indem auch Rentner\*innen einen steuer-, abgaben- und anrechnungsfreien Inflationsausgleich von bis zu 3.000 Euro erhalten. „Wir empfinden die derzeitige Situation als zutiefst ungerecht und unsozial. Das muss sich ändern“, fordert Swinke.

Bis zum 31. Mai 2024 sammelt der SoVD in Niedersachsen Unterschriften – sowohl analog auf entsprechenden Listen als auch digital im Internet.

Im Juni plant der SoVD eine Übergabe der Unterschriften an den niedersächsischen Ministerpräsidenten und weitere Landtagsabgeordnete. „Damit wollen wir den Unmut der Betroffenen direkt an die Verantwortlichen weitergeben“, erläutert der SoVD-Vorstandsvorsitzende.

**JETZT MITMACHEN!**

Der SoVD freut sich über breite Unterstützung von seinen Mitgliedern, ehrenamtlich Engagierten und allen Interessierten. Wer mitmachen möchte, kann Unterschriften sammeln und sie an den SoVD senden. Die Unterschriftenlisten können unter [www.sovd-nds.de/unterschriftenaktion](http://www.sovd-nds.de/unterschriftenaktion) abgerufen werden. Hier gibt es außerdem Informationen zur Online-Unterzeichnung.



Foto: Stefanie Jäkel

**Bis zum 31. Mai 2024 sammelt der niedersächsische SoVD Unterschriften für die Inflationsausgleichsprämie für Rentner\*innen. Alle, die das Anliegen unterstützen möchten, können unter [www.sovd-nds.de/unterschriftenaktion](http://www.sovd-nds.de/unterschriftenaktion) entsprechende Listen abrufen und unterschrieben an den SoVD schicken.**